



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Agrarische Erfolge. Die letzten beiden Wochen der Tagung des preussischen Abgeordnetenhauses gehörten ziemlich ausschließlich der Landwirtschaft, wie sich die Herren Agrarier euphemistisch zu nennen pflegen. Unter den behandelten Vorlagen waren die interessantesten die über die Verpflegungsstationen, über die Zentralgenossenschaftskasse und über die Rückzahlung oder vielmehr Nichtrückzahlung der Grundsteuerentschädigung; die erste ist von der agrarischen Mehrheit zu Falle gebracht, die andern beiden sind angenommen worden. Wir sind weit entfernt davon, in einer Organisation der Verpflegungsstationen, wie sie die Regierung beabsichtigte, eine großartige sozialpolitische Maßregel zu sehen und das Scheitern des Planes zu bedauern. Unser Ideal, das freilich wenig Aussicht auf baldige Verwirklichung hat, ist ein Zustand, wo erstens die Leute nicht nötig haben, auf der Arbeitsuche halbe Jahre herumzuwalzen und zu verbummeln, und wo zweitens Handwerker- und Arbeitervereine durch einen organisierten Arbeitsnachweis und durch eigne Herbergen dafür sorgen, daß ihre Mitglieder ohne Beihilfe von Provinz und Staat der traurigen Wahl zwischen dem Hungertode und dem Bettel, der mit Gefängnis bestraft wird, überhoben sind. Die einzige sozialpolitische Bedeutung, die wir der Vorlage beilegen, bestand darin, daß eine solche vollständig durchgeführte Organisation ziemlich genau ergeben haben würde, wie viel Menschen im deutschen Reiche überflüssig und unverwendbar sind. Also wir haben gegen die Ablehnung nichts einzuwenden, aber ziemlich stark war es doch, wie die Herren Agrarier, die sich sonst auch konservativ nennen und dadurch zu einiger Rücksicht auf das Christentum verpflichtet sind, das eine Drittel der christlichen Moral, die nach Matth. 23, 23 aus Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Glauben besteht, mit unbefangener Schneidigkeit in die Rumpelkammer warfen. Sie wollen keine „Förderung der Wanderbettelei“; sie wollen, daß die Arbeitslosen nur die Wahl haben zwischen Tod, Gefängnis und bedingungsloser Unterwerfung unter die Herrschaft eines Brotherrn, sofern sie das Glück haben, einen solchen zu finden. Da aber dieses Glück nur einem kleinen Teile der Arbeitslosen blühen kann, so wird die Regierung den Zuschuß, den sie für die Verpflegungsstationen nicht bewilligen mochte, auf den Bau neuer Gefängnisse hergeben müssen. Interessant war uns eine Mitteilung, die der konservative Abgeordnete Winkler machte; der Vorsteher einer Korrigendenanstalt habe ihm gesagt, daß bei wohlwollender Schätzung nur zwei Prozent der Korrigenden gebessert würden. Wozu dann der schöne Name: Korrigendenanstalt, und die Unterscheidung dieser Häuser von den Gefängnissen?

Der eine der beiden Gesegentwürfe, die angenommen worden sind, der „die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalfredits“ betrifft, ist wirklich als eine Hilfe für die häuerliche Bevölkerung, nebenbei allerdings auch für die Handwerker, gedacht; die Agrarier hatten also in diesem Falle einmal die willkommene Gelegenheit, Bauernfreundschaft zu beweisen, ohne daß es ihnen weder etwas kostete noch schadete. Wir werden ihn nächsten einmal besonders besprechen.

Dafür enthüllte das Agrariertum durch die Einbringung und Annahme des Antrags, daß die bei Aufhebung der Grundsteuer vor zwei Jahren beschlossene Verpflichtung zur Rückzahlung der Varentschädigung, die im Jahre 1865 den bis dahin nicht Grundsteuerpflichtigen gezahlt worden war, seine stark entwickelte Selbst-

liebe, wie wir es nennen wollen, mit staunenswerter Unbefangenheit. Wir beschränken uns darauf, ein paar wichtige Punkte der Angelegenheit zu registrieren. Die Rückzahlungspflicht ist etwas ganz selbstverständliches. Die betreffenden Grundbesitzer hatten ein Kapital dafür erhalten, daß sie ihre Ausnahmestellung aufgeben und gleich den übrigen Grundbesitzern fortan Grundsteuer zahlen sollten; wurde nun die Grundsteuer aufgehoben, so verstand es sich von selbst, daß sie die empfangene Entschädigung zurückzahlen mußten. Die Verpflichtung zur Rückzahlung ist überdies organischer Bestandteil der vor zwei Jahren beschlossenen Kommunalsteuerreform; wäre den Entschädigten die Rückzahlung nicht auferlegt worden, so hätte die Aufhebung der Grundsteuer keine Mehrheit gefunden, und daran wäre wahrscheinlich das ganze Reformgesetz gescheitert. Dreiviertel der zurückzuzahlenden vierzehn bis sechzehn Millionen endlich entfallen auf die größern Besitzer, die über tausend Mark zurückzahlen haben, diese aber betragen der Zahl nach nur ein Dreißigtel aller Rückzahlungspflichtigen. Die kleinern Besitzer, die also neunundzwanzig Dreißigtel ausmachen und nur ein Viertel der Gesamtsumme zu tragen haben, werden durch die Rückzahlungspflicht nicht im mindesten bedrückt, da die Zahlung in Form einer Rente geleistet wird, die sich über sechzig Jahre erstreckt und nur wenige Mark jährlich beträgt. Alles dieses hat der den Agrariern eng befreundete Finanzminister ihnen am 4. Juli noch einmal vorgehalten — vergebens! Bei der zweiten Beratung am 28. Juni sagte der Rittergutsbesitzer Freiherr von Huene: „Ich kann mich dem Wunsche des Vorredners (daß der Antrag angenommen werden möge) nicht anschließen. Bei Einbringung des Steuergesetzes war gar kein Zweifel daran, daß diese Frage eine der wichtigsten sei, die zu lösen wären. Und ich habe es damals freudig begrüßt, daß der Finanzminister sie dadurch löste, daß er dem Rechtsbewußtsein des Landes, das dahin ging, daß es ein Unrecht wäre, denjenigen, die noch im Besitz ihrer Güter sind, die noch im Genuß der damals ihnen überwiesenen Entschädigung sind, die Steuer zu erlassen, gerecht geworden ist. Mit Recht hat der Abgeordnete Richter darauf hingewiesen, wie man im Herrenhause dieses Gesetz als ein Agitationsmittel bezeichnet hätte, das überallhin fruchtbar wirken müsse für die Sozialdemokratie. Den Anfang dieser Agitation haben Sie heute schon beim Abgeordneten Richter gehört. Für die Rückzahlung sind so milde Formen gewählt, daß man von einem Drucke gar nicht sprechen kann. Ich bitte dringend, das Gesetz abzulehnen.“ In derselben Sitzung führte Richter ähnliche Aussprüche anderer wirklicher Edelleute an. Herr von Levezow, der frühere Reichstagspräsident, hatte vor zwei Jahren im Herrenhause bei der Beratung dieses Gegenstandes gesagt, es würde ihm widerwärtig sein, „wenn man ihm den Vorwurf machen könnte, daß er sich etwas schenken lasse.“ Und Herr von Wedell-Piesdorff: „Wenn die Rückzahlungspflicht nicht konstatirt wird, wird das eine fortwährende Unzufriedenheit erregen; man wird sagen: Seht, die Junker haben es durchgesetzt, daß sie die Grundsteuerentschädigung in der Tasche behalten. Das wird ein fruchtbares Agitationsmittel auf ein Menschenalter hinaus sein.“ Darf man sich unter diesen Umständen darüber wundern, daß die schier endlose Geduld, Folgsamkeit und Gläubigkeit der Bauern doch endlich ein Ende hat, sogar in Hinterpommern, und daß die unter agrarische Führung gerathen Konservativen einen Wahlkreis nach dem andern verlieren? Der Reichsbote meinte daher richtig dieser Tage, wenn das so fortgehe, so gehe alles aus dem Leime; es sei hoch an der Zeit, daß die konservative Partei das einsehe, von demagogischer Agitation und unerfüllbaren Forderungen ablasse. Noch eine Bemerkung: Der Abgeordnete Graf Moltke machte in der Sitzung am 4. Juli dem Abgeordneten Richter den Vorwurf,

in seiner Statistik habe er Bauern zu den großen Besitzern gerechnet, wenn es sich aber darum handle, den Großgrundbesitzer als den Mann hinzustellen, der alles verschlinge, so gehöre der Bauer auf einmal nicht mehr zu den großen Besitzern. Wie es Eugen Richter damit hält, das kümmert uns zwar nicht, an sich aber ist es natürlich wünschenswert, daß auch in dieser Beziehung richtig unterschieden werde. Wenn man unter Großgrundbesitzern alle versteht, die ein Interesse an hohen Getreidepreisen haben, so gehört, wie wir bei jeder Gelegenheit hervorheben, der größere Bauer, sofern er nicht Viehzüchter ist, dazu. Wenn man dagegen bloß die meint, die dieses Interesse rücksichtslos geltend machen, so gehört der Bauer von Haus aus nicht dazu; es hat ziemlich viel Mühe gekostet, ihn in die Agitation hineinzuziehen.

Rußland in Ostasien. Die ostasiatischen Verwicklungen fangen an, interessant zu werden. Der Versuch Rußlands, Deutschland und England von dem chinesischen Anleihegeschäft auszuschließen, verdrießt nicht bloß die Börse und die kleinen Rentner, die von dem chinesischen Geldbedürfnis eine kleine Aufbesserung des Zinsfußes gehofft hatten, sondern beunruhigt auch die Politiker. Und zwar finden wir Besorgnisse in russenfreundlichen Organen ausgedrückt, z. B. in der Schlesischen Zeitung, die stets der Meinung gewesen ist, daß enger Anschluß Preußens an Rußland jedem andern Bündnis vorzuziehen wäre. Sie meinte am 30. Juni, wenn Rußland als Entschädigung für die Vermittlung der vierhundert Millionenanleihe von China das Zugeständnis erlangte, seine sibirische Eisenbahn durch die Mandchurei bis an die chinesische Küste führen zu dürfen, so würde es dadurch zunächst wirtschaftlich, mit der Zeit aber auch politisch zum tatsächlichen Beherrscher Chinas werden. Der Plan, fährt sie fort, „erscheint infolge des Widerspruchs Englands und sicher auch nicht ohne Einwirkung Deutschlands so gut wie mißlungen. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Staatsleitung, wenn sie schon die wirtschaftliche Unterwerfung Chinas unter das Machtgebot Japans nicht dulden kann, um so weniger zugeben vermag, daß sich das russische Niesenreich zum tatsächlichen Beherrscher Chinas aufwirft, da hierdurch das ostasiatische Absatzgebiet dem deutschen Erwerbsfleiß erst recht für immer verloren ginge, ganz abgesehen von dem ungeheuern Zuwachs an politischer Macht, welchen Rußland dann erfahren würde, und der Deutschland unmöglich gleichgiltig sein könnte.“ Diese Auslassungen gereichen uns in mehr als einer Beziehung zur Genugthuung. Ein hervorragendes Organ der Partei, die dem vorigen Reichskanzler die Handelsverträge und daß er „Deutschland zum Industriestaate habe machen wollen,“ als Verbrechen anrechnet, mißt also dem Absatz deutscher Industrieartikel in Ostasien eine sehr hohe Bedeutung bei. Und ein Organ unsrer schwärmerischen Russenfreunde findet, daß es Deutschland unmöglich gleichgiltig sein könne, wenn das Niesenreich Rußland noch einen weiteren Machtzuwachs erfahren sollte. Ja, den wird Deutschland auf die Dauer nicht hindern können, mag auch der erste größere Einmischungsversuch Rußlands scheitern. Entweder wird von den beiden, die die nächsten dabei sind, Japan und Rußland, das eine oder das andre die Ausbeutung Chinas übernehmen, oder was das wahrscheinlichere ist, sie werden sich darin teilen. Frankreich und England aber, obwohl sie in der Nähe große Gebiete besitzen, werden die beiden nicht hindern können, und Deutschland wird am natürlichen Lauf der Dinge in Ostasien noch weniger etwas ändern können. Aber es ist immerhin schon etwas, daß ein Blatt der bezeichneten Richtung einmal mit dem Bekenntnis heraustritt, die Machtentwicklung Rußlands sei bedenklich für Deutsch-

land. Und da sich Rußland selbstverständlich an papierne Proteste nicht kehren wird, so wird man sich vielleicht nach einigen Jahren genötigt sehen, um einiger lumpigen Millionen ostasiatischer Ausfuhr die Aktion im größern Stil zu unternehmen, an die zum Zweck der Ausbreitung des deutschen Volkes über ihm weit näher liegende Gebiete auch nur zu denken jenen Politikern als Thorheit oder Verbrechen gilt. — Um dieselbe Zeit, wo die Schlesische Zeitung das schrieb, hatten die Hamburger Nachrichten einen sehr guten Einsall. Sie meinten, es würde gar nicht so übel sein, wenn Rußland seine Expansionskraft ostwärts richtete, dadurch bekämen wir hier im Westen ein wenig Luft. Wir überlassen es den Lesern, diesen Gedanken in unserm Sinne auszuspinnen.

Bis hierher hatten wir geschrieben (am 5. Juli), da lasen wir folgendes Urtheil der Hamburger Nachrichten über die Meldung der Wiener Politischen Korrespondenz, daß Rußland seinen ostasiatischen Plänen infolge geänderter Haltung der deutschen Diplomatie vorläufig entsagt habe: „Die Korrespondenz trägt für jeden erfahrenen Politiker den Stempel der Erfindung an der Stirn. Die Interessen, die Rußland in Ostasien vertritt, sind viel zu wichtig für die Erreichung der ostasiatischen Ziele Rußlands überhaupt, als daß man in St. Petersburg daran denken könnte, sie preiszugeben. Andererseits glauben wir nicht, daß Deutschland, selbst wenn es seine Haltung gegen Rußland in der ostasiatischen Angelegenheit ändern wollte, damit Rußland bestimmen könnte, auf seine Absichten zu verzichten. Es könnte jedenfalls für die deutsche Politik nichts widerrätlicheres und schädlicheres geben als den Versuch, in dieser Weise auf Rußland zu drücken. Der Erfolg würde gleich Null, der Schade groß sein.“ Ganz richtig! Es wäre lächerlich, mit diplomatischen Papiersegen den Niesen am Weiterwachsen über ganz Asien hindern zu wollen.*)



Litteratur

Seemanns Wandbilder. Meisterwerke der bildenden Kunst (Baukunst, Bildnerci, Malerei) in hundert Wandbildern, mit Text von Georg Warneke. Erste Lieferung. Leipzig, E. A. Seemann, 1895

Die rühmlich bekannte Verlagsfirma hat sich mit diesem Unternehmen den Dank aller Kunstlehrer, ganz besonders aber den Dank unsrer reifern Schuljugend und der Jugend unsrer Hochschulen erworben. Große, in einem Schulzimmer oder Auditorium deutlich von allen Plätzen aus erkennbare Abbildungen berühmter Kunstwerke, die gleichzeitig den Vorzug vollkommener stilistischer Treue haben, hat es bis jetzt gar nicht oder nur in kleiner, ganz vom Zufall bestimmter Auswahl gegeben. Von Architekturaufnahmen kann man nur die Meydenbaurerschen Meßbildphotographien hierher rechnen, die aber schon ihres Preises wegen z. B. den Gymnasien kaum zugänglich sind. Was von Schultafeln dieser Art bisher vorhanden war, läßt sich an Wert nicht annähernd mit den Seemannschen Wandbildern vergleichen. Wir haben es hier mit großen Lichtdrucken zu thun, die durch

*) Das Journal de St. Petersbourg vom 8. Juli hat bekanntlich gemeldet, daß die Vertreter Rußlands und Chinas das Abkommen, betreffend die Bedingungen der Garantie der chinesischen Anleihe durch Rußland, unterzeichnet haben.